

Beschlussempfehlung und Bericht

des Ausschusses für Verkehr, Bau und Stadtentwicklung (15. Ausschuss)

- 1. zu dem Antrag der Abgeordneten Peter Götz, Dirk Fischer (Hamburg), Dr. Klaus W. Lippold, weiterer Abgeordneter und der Fraktion der CDU/CSU sowie der Abgeordneten Petra Weis, Klaas Hübner, Sören Bartol, weiterer Abgeordneter und der Fraktion der SPD
– Drucksache 16/11414 –**

Die integrierte Stadtentwicklung weiter ausbauen

- 2. zu dem Antrag der Abgeordneten Patrick Döring, Gisela Piltz, Horst Friedrich (Bayreuth), weiterer Abgeordneter und der Fraktion der FDP
– Drucksache 16/8076 –**

Innenstädte stärken – Kooperationen fördern – Städtebauförderung weiterentwickeln

A. Problem

Zu Nummer 1

Komplexer werdende Probleme in den Städten erfordern einen erhöhten Stellenwert von Stadtentwicklungspolitik auf der Bundesebene sowie mehr Koordination. Bestehende Gebäude brauchen etwa dreimal so viel Energie zur Beheizung wie Neubauten. Die Städte leiden unter zunehmendem Verkehr und seinen negativen Wirkungen, wie Lärm, Luftverschmutzung, Unfallgefahr und Staus. Ein Schwerpunkt der sozialen Stadtentwicklung muss im Bereich von Bildung und Ausbildung liegen. Die Alterung der Gesellschaft bedarf der altersgerechten Anpassung von Infrastruktur und Wohnungsbestand.

Zu Nummer 2

Die Antragsteller haben einen Antrag eingebracht, bei dem es unter anderem um Forderungen nach einer Begrenzung der Programmvierfalt im Bereich der Stadtentwicklung; um die Erhöhung der Mittel zur Aufwertung und Anpassung von Stadtquartieren, um die Anpassung der Infrastruktur; um die Begrenzung von Rückbaumaßnahmen, um die Fortschreibung und Integration von Stadtentwicklungskonzepten; um die Beendigung der nichtinvestiven Mittelverwendung im Rahmen des Programms „Soziale Stadt“; um die Verhinderung der Gewährung

von Städtebaufördermitteln für Projekte des zweiten und dritten Arbeitsmarktes in Konkurrenz zu privatwirtschaftlichen Unternehmen und Initiativen, um die Verteilung, die Bewilligung und den Einsatz der Fördermittel sowie um die Schaffung einer „Task Force Stadt- und Regionalentwicklung“ geht.

B. Lösung

Zu Nummer 1

Annahme einer EntschlieÙung, in der es unter anderem um die Weiterentwicklung der nationalen Stadtentwicklungspolitik, um die Erschließung von Energieeinsparpotenzialen in innerstädtischen Strukturen, um die Verbesserung der Verkehrsverhältnisse im innerstädtischen Bereich; um die Verbesserung der Wohn- und Arbeitsverhältnisse sowie um die Erhaltung sozial stabiler Bewohnerstrukturen; um das Programm „Soziale Stadt“; um die Handlungsfelder Integration, Bildung und Ausbildung, lokale Ökonomie, Beschäftigung und Gesundheit im Quartier; um die Anpassung an den demografischen Wandel, um barrierefreie Mobilität im öffentlichen Raum sowie um innovative Wohnformen geht.

Annahme des Antrags auf Drucksache 16/11414 mit den Stimmen der Fraktionen CDU/CSU, SPD und DIE LINKE. bei Stimmenthaltung der Fraktionen FDP und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN

Zu Nummer 2

Ablehnung des Antrags auf Drucksache 16/8076 mit den Stimmen der Fraktionen CDU/CSU, SPD und DIE LINKE. gegen die Stimmen der Fraktion der FDP bei Stimmenthaltung der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN

C. Alternativen

Zu Nummer 1: Keine

Zu Nummer 2: Annahme

D. Kosten

Wurden nicht erörtert.

Beschlussempfehlung

Der Bundestag wolle beschließen,

1. den Antrag auf Drucksache 16/11414 anzunehmen,
2. den Antrag auf Drucksache 16/8076 abzulehnen.

Berlin, den 6. Februar 2009

Der Ausschuss für Verkehr, Bau und Stadtentwicklung

Dr. Klaus W. Lippold
Vorsitzender

Petra Weis
Berichterstatterin

Peter Hettlich
Berichterstatter

Bericht der Abgeordneten Petra Weis und Peter Hettlich

I. Überweisung

Zu Nummer 1

Der Deutsche Bundestag hat den Antrag auf **Drucksache 16/11414** in seiner 196. Sitzung am 18. Dezember 2008 beraten und an den Ausschuss für Verkehr, Bau und Stadtentwicklung zur federführenden Beratung sowie an den Innenausschuss, den Ausschuss für Ernährung, Landwirtschaft und Verbraucherschutz, den Ausschuss für Arbeit und Soziales, den Ausschuss für Familie, Senioren, Frauen und Jugend, den Ausschuss für Umwelt, Naturschutz und Reaktorsicherheit, den Ausschuss für die Angelegenheiten der Europäischen Union und den Haushaltsausschuss zur Mitberatung überwiesen.

Zu Nummer 2

Der Deutsche Bundestag hat den Antrag auf **Drucksache 16/8076** in seiner 196. Sitzung am 18. Dezember 2008 beraten und an den Ausschuss für Verkehr, Bau und Stadtentwicklung zur federführenden Beratung sowie an den Innenausschuss, den Ausschuss für Arbeit und Soziales, den Ausschuss für Wirtschaft und Technologie, den Ausschuss für Ernährung, Landwirtschaft und Verbraucherschutz, den Ausschuss für Familie, Senioren, Frauen und Jugend, den Ausschuss für Umwelt, Naturschutz und Reaktorsicherheit und den Haushaltsausschuss zur Mitberatung überwiesen.

II. Wesentlicher Inhalt der Vorlagen

Zu Nummer 1

In dem Antrag geht es unter anderem um die Weiterentwicklung der nationalen Stadtentwicklungspolitik, die Erschließung von Energieeinsparpotenzialen in innerstädtischen Strukturen, die Verbesserung der Verkehrsverhältnisse im innerstädtischen Bereich; die Verbesserung der Wohn- und Arbeitsverhältnisse sowie die Erhaltung sozial stabiler Bewohnerstrukturen; um das Programm „Soziale Stadt“; um die Handlungsfelder Integration, Bildung/Ausbildung, lokale Ökonomie/Beschäftigung und Gesundheit im Quartier; um die Anpassung an den demografischen Wandel, um barrierefreie Mobilität im öffentlichen Raum sowie um innovative Wohnformen.

Zu Nummer 2

In dem Antrag geht es unter anderem um Forderungen nach einer Begrenzung der Programmvielfalt im Bereich der Stadtentwicklung; um die Erhöhung der Mittel zur Aufwertung und Anpassung von Stadtquartieren, um die Anpassung der Infrastruktur; um die Begrenzung von Rückbaumaßnahmen, um die Fortschreibung und Integration von Stadtentwicklungskonzepten; um die Beendigung der nichtinvestiven Mittelverwendung im Rahmen des Programms „Soziale Stadt“; um die Verhinderung der Gewährung von Städtebaufördermitteln für Projekte des zweiten und dritten Arbeitsmarktes in Konkurrenz zu privatwirtschaftlichen Unternehmen und Initiativen, um die Verteilung, die Bewilligung und den Einsatz der Fördermittel sowie um die Schaffung einer „Task Force Stadt- und Regionalentwicklung“.

III. Stellungnahmen der mitberatenden Ausschüsse

Zu Nummer 1

Der **Innenausschuss** hat den Antrag auf Drucksache 16/11414 in seiner 83. Sitzung am 21. Januar 2009 beraten und empfiehlt mit den Stimmen der Fraktionen CDU/CSU, SPD und DIE LINKE. bei Stimmenthaltung der Fraktionen FDP und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN dessen Annahme.

Der **Ausschuss für Ernährung, Landwirtschaft und Verbraucherschutz** hat den Antrag in seiner 94. Sitzung am 21. Januar 2009 beraten und empfiehlt mit den Stimmen der Fraktionen CDU/CSU, SPD, DIE LINKE. und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN bei Stimmenthaltung der Fraktion der FDP dessen Annahme.

Der **Ausschuss für Arbeit und Soziales** hat den Antrag in seiner 111. Sitzung am 21. Januar 2009 beraten und empfiehlt mit den Stimmen der Fraktionen CDU/CSU, SPD und DIE LINKE. bei Stimmenthaltung der Fraktionen FDP und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN dessen Annahme.

Der **Ausschuss für Familie, Senioren, Frauen und Jugend** hat den Antrag in seiner 74. Sitzung am 21. Januar 2009 beraten und empfiehlt mit den Stimmen der Fraktionen CDU/CSU, SPD und DIE LINKE. bei Stimmenthaltung der Fraktionen FDP und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN dessen Annahme.

Der **Ausschuss für Umwelt, Naturschutz und Reaktorsicherheit** hat den Antrag in seiner 79. Sitzung am 21. Januar 2009 beraten und empfiehlt mit den Stimmen der Fraktionen CDU/CSU, SPD und DIE LINKE. bei Stimmenthaltung der Fraktionen FDP und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN dessen Annahme.

Der **Ausschuss für die Angelegenheiten der Europäischen Union** hat den Antrag in seiner 76. Sitzung am 21. Januar 2009 beraten und empfiehlt mit den Stimmen der Fraktionen CDU/CSU und SPD bei Stimmenthaltung der Fraktionen FDP, DIE LINKE. und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN dessen Annahme.

Der **Haushaltsausschuss** hat den Antrag in seiner 90. Sitzung am 21. Januar 2009 beraten und empfiehlt mit den Stimmen der Fraktionen CDU/CSU, SPD und DIE LINKE. gegen die Stimmen der Fraktion der FDP bei Stimmenthaltung der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN dessen Annahme.

Zu Nummer 2

Der **Innenausschuss** hat den Antrag auf Drucksache 16/8076 in seiner 83. Sitzung am 21. Januar 2009 beraten und empfiehlt mit den Stimmen der Fraktionen CDU/CSU, SPD und DIE LINKE. gegen die Stimmen der Fraktion der FDP bei Stimmenthaltung der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN dessen Ablehnung.

Der **Ausschuss für Wirtschaft und Technologie** hat den Antrag in seiner 82. Sitzung am 21. Januar 2009 beraten und empfiehlt mit den Stimmen der Fraktionen CDU/CSU und SPD gegen die Stimmen der Fraktion der FDP bei Stimmenthaltung der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN dessen Ablehnung.

enthaltung der Fraktionen DIE LINKE. und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN dessen Ablehnung.

Der **Ausschuss für Ernährung, Landwirtschaft und Verbraucherschutz** hat den Antrag in seiner 94. Sitzung am 21. Januar 2009 beraten und empfiehlt mit den Stimmen der Fraktionen CDU/CSU, SPD, DIE LINKE. und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN gegen die Stimmen der Fraktion der FDP dessen Ablehnung.

Der **Ausschuss für Arbeit und Soziales** hat den Antrag in seiner 111. Sitzung am 21. Januar 2009 beraten und empfiehlt mit den Stimmen der Fraktionen CDU/CSU, SPD und DIE LINKE. gegen die Stimmen der Fraktion der FDP bei Stimmenthaltung der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN dessen Ablehnung.

Der **Ausschuss für Familie, Senioren, Frauen und Jugend** hat den Antrag in seiner 74. Sitzung am 21. Januar 2009 beraten und empfiehlt mit den Stimmen der Fraktionen CDU/CSU, SPD, DIE LINKE. und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN gegen die Stimmen der Fraktion der FDP dessen Ablehnung.

Der **Ausschuss für Umwelt, Naturschutz und Reaktorsicherheit** hat den Antrag in seiner 79. Sitzung am 21. Januar 2009 beraten und empfiehlt mit den Stimmen der Fraktionen CDU/CSU, SPD und DIE LINKE. gegen die Stimmen der Fraktion der FDP bei Stimmenthaltung der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN dessen Ablehnung.

Der **Haushaltsausschuss** hat den Antrag in seiner 90. Sitzung am 21. Januar 2009 beraten und empfiehlt mit den Stimmen der Fraktionen CDU/CSU, SPD und DIE LINKE. gegen die Stimmen der Fraktion der FDP bei Stimmenthaltung der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN dessen Ablehnung.

IV. Beratungsverlauf im federführenden Ausschuss

Der Ausschuss für Verkehr, Bau und Stadtentwicklung hat die Anträge auf Drucksachen 16/11414 und 16/8076 in seiner 79. Sitzung am 21. Januar 2009 gemeinsam mit der der Unterrichtung durch die Bundesregierung auf Drucksache 16/9234 „Initiative zur Nationalen Stadtentwicklungspolitik“ beraten.

Die **Fraktion der CDU/CSU** betonte, man wolle mit dem Antrag auf Drucksache 16/11414 deutlich machen, dass man das Thema Stadtentwicklung als wichtigen politischen Schwerpunkt sehe. Der Bund verfüge über eine Reihe bewährter Instrumente im Bereich der Stadtentwicklungspolitik, die man auch weiterentwickeln werde. Man solle aber die Ausgestaltung der Schwerpunkte den Ländern überlassen, weil die Verhältnisse vor Ort unterschiedlich seien. Eine Reihe von Vorschlägen, welche die Bundesregierung im Zusammenhang mit der Bewältigung der Finanzmarktkrise gemacht habe, würden sich auch positiv auf die Stadtentwicklung auswirken. Sie hob hervor, wie wichtig es sei, sich im Rahmen der Stadtentwicklungspolitik mit dem Klimaschutz zu befassen. Man müsse diesen Aspekt bereits in der Phase der Stadtplanung berücksichtigen. Sie kritisierte die immer wiederkehrende Einmischung der Europäischen Union in Fragen der Stadtentwicklungspolitik und der Wohnungspolitik unter Missachtung des Subsidiaritätsprinzips. Sie plädierte dafür, den Kommunen hier ihren Freiraum zu belassen.

Zudem sprach sie die große Bedeutung der Integrationspolitik für die Stadtentwicklung an. Wichtig sei es auch, die demographische Entwicklung im Rahmen der Stadtentwicklungspolitik zu berücksichtigen. Die Bedeutung des internationalen Erfahrungsaustauschs und der Forschung im Bereich der Stadtentwicklung hob sie ebenfalls hervor. Bei dem Wettbewerb der Kommunen untereinander gehe es nicht um einen Wettbewerb um Subventionen, sondern es gehe um den Wettbewerb, wie man sich für die Zukunft aufstelle. Man müsse die Instrumente schaffen, welche die Kommunen in diesem Wettbewerb nutzen könnten.

Die **Fraktion der SPD** begrüßte die positiven Reaktionen auf die Unterrichtung durch die Bundesregierung. Man habe mit der Leipzig-Charta und im Rahmen der deutschen EU-Ratspräsidentschaft wichtige Signale für die Stadtentwicklungspolitik gesetzt. Der Antrag der Fraktionen der CDU/CSU und SPD akzentuiere nicht nur das, was in der Unterrichtung durch die Bundesregierung auf Drucksache 16/9234 niedergelegt sei, er gehe auch auf die ganz aktuellen Herausforderungen ein. Man habe in dem Antrag die Aspekte Gesetzgebung, Forschung und gute Praxis ausgewogen berücksichtigt. Im Vergleich zu dem Antrag der Fraktion der FDP sei der Antrag der Koalitionsfraktionen weitergehender und substantiiertes. Zudem seien eine Reihe der Forderungen in dem Antrag der FDP-Fraktion bereits durch das Regierungshandeln bzw. durch die Beschlusslage erledigt. So habe man etwa die Städtebauförderungsprogramme in den letzten Jahren bereits konsolidiert und aufgestockt, habe sich dem Thema leitungsgebundene Infrastruktur gewidmet, habe für einen fairen Verteilungsschlüssel gesorgt, habe die Mittel für die Anpassung und Aufwertung in den Stadtquartieren erhöht, habe den Rückbau historischer Gebäude begrenzt, habe Stadtentwicklungskonzepte zur Voraussetzung für die Förderung gemacht und habe dafür gesorgt, dass Mittel zunehmend im Wettbewerb vergeben würden. Die Forderung in diesem Antrag, den nichtinvestiven Anteil beim Programm „Soziale Stadt“ zu verringern, sei nicht sachgerecht. Sie plädierte auch dafür, im Gegensatz zu dem Antrag der FDP-Fraktion die Kompetenz für die nichtinvestiven Teile des Programms „Soziale Stadt“ in der Zuständigkeit des Bundesministeriums für Verkehr, Bau und Stadtentwicklung zu belassen.

Die **Fraktion der FDP** wies darauf hin, dass ihr Antrag bereits im Februar 2008 eingebracht worden sei, so dass die Bundesregierung Gelegenheit gehabt habe, Forderungen aus diesem Antrag abzuarbeiten. In Bezug auf das Programm „Soziale Stadt“ beziehe sich der Dissens nicht auf die Maßnahmen selbst, sondern darauf, dass nach ihrer Auffassung eine Reihe von vorgesehenen Maßnahmen nicht in die Zuständigkeit des Bundesministeriums für Verkehr, Bau und Stadtentwicklung fielen und dementsprechend nicht in das Programm „Soziale Stadt“ gehörten. Mit den verfügbaren Haushaltsmitteln werde man aber nicht alle Probleme der Städte durch ein Programm lösen können. Man solle daher den investiven Aspekt stärker in den Mittelpunkt der Programme rücken. Es gebe in zunehmendem Maße Überschneidungen zwischen den verschiedenen Programmen und es fehle die notwendige Fokussierung auf einzelne Probleme. Sie forderte das Bundesministerium für Verkehr, Bau und Stadtentwicklung auf, darauf zu achten, dass sinnvolle Ansätze im Bereich der Stadtentwicklungspolitik nicht durch Maßnahmen anderer Ressorts konterkariert würden,

namentlich durch das Bundesministerium für Umwelt, Naturschutz und Reaktorsicherheit. In einer Reihe von anderen Punkten gebe es aber erfreulicherweise Konsens, so dass man sich bei dem Antrag der Koalitionsfraktionen enthalten werde.

Die **Fraktion DIE LINKE**. führte aus, im Bereich der Stadtentwicklungspolitik gebe es nur wenige politische Meinungsverschiedenheiten. Mit der Stadtentwicklungspolitik sei es gelungen, in den neuen Ländern historische Innenstädte zu retten und verfehlte Entscheidungen aus der DDR-Zeit zu korrigieren. Leider gebe es aber in den sanierten Innenstädten vielfach hohe Leerstände, welche auch eine Gefahr für die Bausubstanz darstellten. Man werde die Gebäude nicht auf Dauer erhalten können, wenn sie sich nicht wirtschaftlich darstellten. Man müsse daher prüfen, ob es nicht notwendig sei, Fördermittel mit gesellschaftspolitischen Maßnahmen zu flankieren. Daher sei es nicht zielführend, wenn die Fraktion der FDP mit ihrem Antrag die nichtinvestiven Förderungen minimieren wolle. Um eine Stadt sozial, kulturell und demographisch zu erhalten, seien im Gegenteil diese Mittel notwendiger als die investiven Mittel. Sonst laufe man Gefahr, dass auch die investiven Mittel ihren Zweck verfehlten. Sie sei nicht der Auffassung, dass man den Standortwettbewerb der Städte untereinander fördern solle, sonst bestehe die Gefahr, dass man am Ende Regionen habe, die diesen Wettbewerb verlören und vollständig auf Transferleistungen angewiesen seien. Sie werde dem Koalitionsantrag zustimmen, den Antrag der Fraktion der FDP

aber wegen dessen Haltung zu den nichtinvestiven Mitteln ablehnen.

Die **Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN** betonte die Herausforderungen, welche sich für die Städte durch Globalisierung und demographischen Wandel ergäben. Sie lobte die Qualität der Unterrichtung durch die Bundesregierung auf Drucksache 16/9234 und begrüßte, dass die Bundesregierung das Thema Stadtentwicklungspolitik in den letzten Jahren vorgebracht habe. Bei den beiden Anträgen werde sie sich der Stimmen enthalten, weil diese zwar sehr viele gute Elemente beinhalteten, aber auch Elemente, welche sie nicht mittragen könne. Auch sie sei der Auffassung, dass ein Standortwettbewerb, der nur darauf ziele, sich Unternehmen gegenseitig mit Geldtransfers abspenstig zu machen, nicht zielführend sei. Ein Standortwettbewerb um Qualität sei aber als Anreiz für die Kommunen notwendig. Über dessen Ergebnisse müssten die Vertreter der Kommunen dann auch die Wähler befinden lassen.

Der **Ausschuss für Verkehr, Bau und Stadtentwicklung** empfiehlt, den Antrag auf **Drucksache 16/11414** mit den Stimmen der Fraktionen CDU/CSU, SPD und DIE LINKE. bei Stimmenthaltung der Fraktionen FDP und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN anzunehmen.

Den Antrag auf **Drucksache 16/8076** empfiehlt er mit den Stimmen der Fraktionen CDU/CSU, SPD und DIE LINKE. gegen die Stimmen der Fraktion der FDP bei Stimmenthaltung der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN abzulehnen.

Berlin, den 4. Februar 2009

Petra Weis
Berichterstatlerin

Peter Hettlich
Berichterstatter

